

## Antwort

des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Fabian Ehmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
– Drucksache 18/1600 –

### Mitbestimmung und politische Partizipation von Jugendlichen in der Corona-Krise

Die Kleine Anfrage – Drucksache 18/1600 – vom 17. November 2021 hat folgenden Wortlaut:

Die Corona-Pandemie und die erzwungene soziale Distanz haben die gesellschaftspolitische Partizipation der Jugendlichen im öffentlichen Raum deutlich erschwert. Gleichwohl konnten in solchen Zeiten Angebote der außerschulischen politischen Jugendbildung und der politischen Teilhabe der Jugend auch Neues wagen, v. a. im digitalen Raum.

Trotz der aktuellen Einschränkungen fanden junge Menschen Wege nicht nur für soziales Engagement (die Anzahl der Freiwilligen im Freiwilligen Sozialen Jahr [FSJ] in Rheinland-Pfalz ist im gesamten Jahr 2020 gestiegen), sondern auch, um ihren politischen Protest in die Öffentlichkeit zu tragen (Beispiel Fridays-for-Future-Demonstrationen).

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Akteur:innen waren an der politischen Jugendbildung in Zeiten von Corona beteiligt und wie wurde die politische Jugendbildung in Zeiten von Corona in Rheinland-Pfalz ermöglicht?
2. Wie konnte die Beteiligung der jungen Menschen an gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen auf Landesebene in Rheinland-Pfalz gewährleistet werden?
3. Wie konnte die Beteiligung der jungen Menschen an gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen auf kommunaler Ebene in Rheinland-Pfalz gewährleistet werden?
4. Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Lage der politischen Mitbestimmung der Jugendlichen in Rheinland-Pfalz?
5. Wie bewertet die Landesregierung inhaltlich die Angebote an sozialen Bildungsmaßnahmen im Rahmen des Familiensommers 2021?

Das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 8. Dezember 2021 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 3:

Die Fragen 1 und 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Seit Beginn der Corona-Pandemie sichert die Landesregierung die infrastrukturellen Förderungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, um den öffentlichen und freien Trägern Planungssicherheit für ihre Arbeit zu geben. Neben den Maßnahmenförderungen und der Beteiligung junger Menschen hat die Landesregierung die Stellenfinanzierung der Fachkräfte in den Arbeitsfeldern sowie die Geschäftsstellen der Jugendverbände abgesichert. Aufgrund dieser Planungssicherheit war und ist es den verbandlichen bzw. freien und öffentlichen Trägern der Jugendarbeit möglich, schnell und flexibel ihre Angebote an die jeweilige Pandemielage anzupassen und ggf. in Präsenz oder digital anzubieten. Um die digitalen Formate hat die Landesregierung ein neues Digitalprogramm aufgelegt, durch das die Träger der Kinder- und Jugendhilfe Technik und Software für ihre digitalen Angebote beschaffen konnten. Beispielsweise hat die Landesregierung im Bereich der verbandlichen und kommunalen Jugendarbeit im Jahr 2020 rund 1 200 Anträge mit einem Volumen von rund 1 Million Euro gefördert. Das Programm hat die Landesregierung im Jahr 2021 fortgesetzt.

Die Förderung des Landes ermöglichte den Jugendverbänden und den kommunalen Trägern im Jahr 2020 460 politische Bildungsmaßnahmen mit rund 10 000 Teilnehmenden durchzuführen. Bis November 2021 wurden 252 politische Bildungsmaßnahmen mit 5 788 Teilnehmenden realisiert. Themen waren zum Beispiel: „500 Jahre Wormser Reichstag“; „Trotz Corona, gestärkt in die Zukunft“; „Jugend und Politik“.

Mit dem Förderprogramm „Politisch bilden – Demokratie erfahren – Jugend(sozial)arbeit vernetzen“ unterstützt die Landesregierung im Zuge der Umsetzung der Landesjugendstrategie JES! die Kommunen dabei, möglichst vielen jungen Menschen außerschulische politische Bildung und Demokratiebildung niedrigschwellig vor Ort zugänglich zu machen und gelingende Formen

von Partizipation zu stärken. Dazu werden analoge und digitale Räume geschaffen, in denen Jugendliche ihre Ideen für politische Beteiligung einbringen und zusammen mit hauptamtlichen Fachkräften die Umsetzung organisieren. Beispielsweise können Ideenworkshops initiiert, Debattierräume mit und von Jugendlichen geschaffen oder kommunale Jugendvertretungen unterstützt werden. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf sozial benachteiligten jungen Menschen.

Im schulischen Kontext arbeitete der Großteil der außerschulischen Partnerinnen und Partner im Bereich der politischen Bildung bzw. Demokratiebildung daran, weiterhin für die Schulen als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen und die digitalen Angebote auszubauen. So fanden und finden Workshops online statt, wurden und werden beispielsweise virtuelle Ausstellungen, Museumsrundgänge und Online-Gesprächsforen angeboten.

Zu Frage 2:

Der jährliche Demokratietag ist eine wichtige Plattform für die Themen Partizipation und freiwilliges Engagement junger Menschen in Rheinland-Pfalz. Er versammelt jährlich bis zu 1 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, vorrangig Kinder und Jugendliche, um im Dialog über Rahmenbedingungen und Ansätze gesellschaftlicher Beteiligung junger Menschen zu beraten und das Feld der Demokratie- und Engagementpolitik gemeinsam weiterzuentwickeln. Die Demokratietage 2020 und 2021 standen ganz im Zeichen der Pandemie. Im Jahr 2020 fand er erstmals vollständig digital statt. Im Jahr 2021 wurde er in hybrider Form durchgeführt. Im Mittelpunkt stand das Motto „Demokratie leben – aus Krisen lernen“. Dabei wurden Erfahrungen der Pandemie aufgearbeitet und Vorschläge für eine verbesserte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch in Krisenzeiten gesammelt.

Das von Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Jahr 2017 ins Leben gerufene Bündnis „Demokratie gewinnt!“ ist aus dem gewachsenen Netzwerk rund um den Demokratietag entstanden und versammelt inzwischen über 70 Organisationen und Institutionen aus Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Gemeinsam arbeiten sie an dem übergreifenden Ziel der Stärkung von Engagement und Beteiligung junger Menschen.

Beim Demokratietag 2021 gab es eine inhaltliche Verschränkung mit der Arbeit des Corona-Bündnisses. Im Ergebnis wurden Vorschläge von Kindern und Jugendlichen gebündelt, um der Stimme junger Menschen auch in Krisen und Umbruchzeiten stärkeres Gewicht in der Landespolitik einzuräumen.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat zu Beginn der Pandemie das Corona-Bündnis Rheinland-Pfalz ins Leben gerufen, um die Entwicklungen und die politischen Entscheidungen in der Pandemie im Dialog mit wichtigen gesellschaftlichen Partnern und Organisationen zu bewerten und zu begleiten. Zu den Mitgliedern zählen auch der Landesjugendring sowie die Landeschülerinnen und -schülervertretung (LSV) Rheinland-Pfalz. Neben gesundheitspolitischen, wirtschaftlichen, finanzpolitischen und rechtlichen Fragestellungen hat das Corona-Bündnis immer wieder auf die Folgen für Kinder und Jugendliche aufmerksam gemacht. Erst kürzlich wurden dort die Ergebnisse einer Studie diskutiert, die im Auftrag des für Jugend zuständigen Ministeriums zu den Folgen von Corona für junge Menschen erstellt wurde. Die Ergebnisse des Demokratietages Rheinland-Pfalz werden in das Corona-Bündnis einfließen und dienen als Grundlage, um die strukturellen Bedingungen für die Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungen auch in Krisenzeiten zu verbessern.

Die LSV Rheinland-Pfalz wurde und wird bei den Beratungs- und Austauschforen zum Umgang mit der Pandemie in der Schule vielfältig und breit einbezogen. Es gab und gibt gemeinsame Ansprachen der Ministerin für Bildung mit der LSV an die Schülerinnen und Schüler, gemeinsame Pressekonferenzen, Gesprächsforen und – themenbezogen – Runde Tische. Darüber hinaus gab und gibt es während der Pandemie ein regelmäßiges Austauschformat, bei dem die LSV ihre Anliegen und Fragen direkt vorbringen konnte. Dieses soll auch mit dem neuen Vorstand der LSV fortbestehen.

Die Landesregierung fördert seit Frühjahr 2021 eine Geschäftsstelle für den Dachverband der kommunalen Jugendvertretungen in Rheinland-Pfalz, die bei medien.rlp angesiedelt ist. Diese unterstützt die Arbeit des Dachverbandes unter anderem durch Vernetzung, Weiterbildung, regelmäßige Treffen von Jugendvertreterinnen und Jugendvertretern auf Landesebene, Begleitung bei Neugründungen von Jugendparlamenten, Begleitung und Unterstützung im Kontakt mit Politik und bei Veranstaltungen. Darüber hinaus lädt Frau Staatsministerin Binz in ihrer Rolle als Jugendministerin den Dachverband regelmäßig zum Austausch ein.

Das Institut für Medien und Pädagogik, medien.rlp, stellt durch Fortbildungen für Fachkräfte der Jugendarbeit landesweit Informationen und Beratung rund um das Thema Beteiligung zur Verfügung. Diese werden von der Landesregierung gefördert.

Das Thema der Beteiligung von jungen Menschen begleitet die rheinland-pfälzische Kinder- und Jugendpolitik seit vielen Jahren auch im Kontext der Hilfen zur Erziehung. Ein Kernelement sind die seit dem Jahr 2011 regelmäßig stattfindenden Beteiligungswerkstätten. Das Land veranstaltet jährlich einen landesweiten Workshop für Jugendliche ab 12 Jahren, die in Wohngruppen, Jugendwohngemeinschaften oder im betreuten Wohnen der Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz leben. Er findet als mehrtägige Veranstaltung mit bis zu 80 jungen Menschen, pädagogischen Fachkräften sowie wissenschaftlicher Begleitung statt. Im Rahmen einer solchen Veranstaltung wurde im Jahr 2017 von Seiten der beteiligten Jugendlichen der Wunsch nach einer landesweiten Interessenvertretung für junge Menschen in der Heimerziehung geäußert. Dieses Anliegen wurde vom für Jugend zuständigen Ministerium aufgegriffen. Der unter Pandemiebedingungen gewählte neue Landesjugendhilferat (LJHR) hat Ende des Jahres 2020 seine Arbeit aufgenommen. Der LJHR Rheinland-Pfalz setzt sich als landesweite Selbstvertretung für die Interessen und die Beteiligung dieser jungen Menschen ein und arbeitet dafür, dass Themen und Anliegen rund um die stationären Erziehungshilfen mehr Gehör finden. Die Mitglieder treffen sich seit der Wahl im November 2020 regelmäßig, teils in Präsenz, teils digital.

Im Rahmen des Jugend-Engagement-Wettbewerbs Rheinland-Pfalz „Sich einmischen – was bewegen“ hat im Februar 2021 die Landesregierung 34 Projekte junger Menschen ausgezeichnet, die trotz Pandemie beispielhaftes Engagement gezeigt haben. Die

Preisverleihung für den Wettbewerb 2021/22 findet im März 2022 statt. Die Beiträge zeigen, dass junge Menschen mit großer Kreativität neue Wege gefunden haben, sich zu engagieren und sich zu Wort zu melden. Dabei haben digitale Möglichkeiten eine wichtige Rolle gespielt.

Zu Frage 4:

Der dritte Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz und die vom für Jugend zuständigen Ministerium während der Lockdownzeit im Jahr 2021 initiierte rheinland-pfälzischen Jugendbefragung „Jugend in Zeiten von Corona“ beschäftigen sich auch mit Fragen der politischen Mitbestimmung der Jugendlichen. Sie zeigen, dass junge Menschen gesellschaftspolitisch mehr beteiligt werden wollen als bisher. Das gilt unabhängig davon, ob sie bereits in Beteiligungsstrukturen und -prozesse eingebunden sind. Die Jugendbefragung verdeutlicht, dass lockdownbedingt die Möglichkeiten zur Mitbestimmung in der Pandemie aufgrund von Fernunterricht, Einschränkungen im Besuch von Jugendeinrichtungen und im ehrenamtlichen Engagement zurückgegangen waren. Gut Zweidrittel der jungen Menschen wünschen sich mehr Mitbestimmung am Wohnort, in der Politik, in der Schule und bei der Gestaltung von Corona-Maßnahmen. Bereits ab dem Alter von 15 Jahren wächst der Wunsch nach mehr Mitbestimmung deutlich.

Die Landesregierung unterstützt vielfältige Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Dies sind sowohl die bereits erwähnte Unterstützung der landesweiten Selbstvertretungen auf Landesebene, die wiederum Selbstvertretungen auf lokaler Ebene fördern als auch andere Beteiligungsprozesse von der Kinderbeteiligung bei Spielplatzplanungen bis hin zur Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die kommunale Jugendhilfeplanung.

Ferner ist festzuhalten, dass die Landesregierung die aktuelle Lage der politischen Mitbestimmung der Jugendlichen in Rheinland-Pfalz bei Wahlen und Abstimmungen als nicht mehr zeitgemäß bewertet, da den 16- und 17-Jährigen die Ausübung des aktiven Wahlrechts verwehrt wird. So zeigt ein Ländervergleich, dass 16- und 17-Jährige in elf Ländern bei Kommunalwahlen und in vier Ländern bei Landtagswahlen wählen dürfen.

Im Einklang mit den Koalitionsfraktionen SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die im Koalitionsvertrag „Zukunftsvertrag Rheinland-Pfalz – 2021 bis 2026“ vereinbart haben, sich für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunal- und Landtagswahlen einzusetzen, befürwortet die Landesregierung ein aktives Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahren.

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass Jugendliche ab 16 Jahren über die kognitive Entwicklung und Fähigkeit verfügen, sich an politischen Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen. Bislang waren jedoch gesetzgeberische Initiativen zur Absenkung des aktiven Wahlalters aufgrund der erforderlichen verfassungsändernden Mehrheit gemäß Artikel 129 Abs. 1 der Landesverfassung nicht erfolgreich. Die Landesregierung wird weiterhin entsprechende Gesetzgebungsvorhaben unterstützen.

Zu Frage 5:

Kindern und Jugendlichen wird in den letzten 20 Monaten durch die Corona-Pandemie viel abverlangt. Sie mussten und müssen sich mit Begrenzungen persönlicher Begegnungen, dem Verzicht auf bzw. der Einschränkung in der Jugendarbeit und ihrer Freizeitgestaltung arrangieren. Soziale Bildungsmaßnahmen wie Jugendfreizeiten haben einen guten Beitrag dazu geleistet, dass Jugendliche sich austauschen konnten. Die Landesregierung hat daher mit einer temporären Erhöhung der Förderung im Kontext des Bundesprogramms „Aufholen nach Corona“ dafür gesorgt, dass diese auch während des Familiensommers stark stattfinden konnten.

Katharina Binz  
Staatsministerin

